

ausgegangen waren höhere Investitionen und die Sicherung des Umfangs der Anbauflächen.

Für die Provinz *Jiangsu* stellt sich die Situation bei der Getreideproduktion vergleichsweise positiv dar. Bei einer Bevölkerung von rd. 70 Mio. erzeugt die Provinz rd. 35 Mio. t Getreide. Da jedoch die Bevölkerung jährlich um 500.000 bis 600.000 Menschen zunimmt, muß auch Jiangsu Maßnahmen zur Outputsteigerung durchsetzen. (XNA, 13.3.95) Zur Unterstützung der landwirtschaftlichen Entwicklung würden - so der stellvertretende Parteisekretär der Provinz - andere Projekte notfalls aufgegeben werden müssen. (XNA, 3.3.95) -schü-

\*(24)

#### Stärkere Förderung des Agrarsektors

Im Regierungsbericht vor dem NVK nannte Ministerpräsident Li Peng die Plandaten für die Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktion. So sollen 1995 insgesamt 455 Mio. t Getreide und rd. 4 Mio. t Baumwolle produziert werden. Vorgesehen sind weiterhin Produktionssteigerungen bei Speiseöl, Zucker, Fleisch und Fisch.

Obwohl große Fortschritte seit Beginn der Reformen im Landwirtschaftssektor erzielt wurden - so Li Peng -, verfüge der Agrarsektor nur über eine schwache Basis und sei anfällig für Naturkatastrophen. Als konkrete Maßnahme zur Förderung der Landwirtschaft kündigte Li Peng die Erhöhung der Investitionen, verstärkten Schutz und effizientere Nutzung des kultivierbaren Landes sowie den Bau von mehr Bewässerungsanlagen und anderen Projekten der landwirtschaftlichen Infrastruktur an. (XNA, 6.3.95)

Für 1995 sind Mittel aus dem Staatshaushalt von insgesamt 69,35 Mrd. Yuan vorgesehen, ein Anstieg um 11,1% gegenüber 1994. In dieser Summe sind 37,22 Mrd. Yuan für die Unterstützung der landwirtschaftlichen Produktion und für die reguläre Arbeit der Regierungsabteilungen für Ackerbau, Forstwirtschaft und Wasserbau sowie 12 Mrd. Yuan für den von diesen Regierungsstellen geplanten Investbau enthalten. Weiterhin sind spezielle Mittel für die Förderung der landwirtschaftlichen Produktion in den wirtschaftlich schwach entwickelten westlichen Regionen vorgesehen.

Von der Landwirtschaftlichen Entwicklungsbank (Agricultural Development Bank = ABC) werden dem Agrarsektor

in diesem Jahr Kredite in Höhe von 50,2 Mrd. Yuan zur Verfügung gestellt. Hierzu zählen 40 Mrd. Yuan für den Ankauf von Getreide, Baumwolle und Speiseöl sowie 8,4 Mrd. Yuan als Darlehen für die Landwirtschaft (nicht näher beschrieben) und 1,8 Mrd. Yuan als Kredite zur Finanzierung von Anlageinvestitionen. Landwirtschaftsminister Liu wies darauf hin, daß der größte Teil der Investitionen für die Landwirtschaft aus den lokalen Haushalten finanziert werden soll. (XNA, 23.3.95) Die angekündigte steuerliche Vorzugsbehandlung der Landwirtschaft umfaßt die Reduzierung der Landwirtschaftsteuer, neue Ausnahmeregelungen für die Steuerzahlung sowie eine 10%ige Senkung der Einkommenssteuersätze für die ländlichen Betriebe. (Xinhua News Agency, Beijing, in English, 22.3.95, nach SWB, 29.3.95)

Die Versorgung der Landwirtschaft mit notwendigen Düngemitteln, Pestiziden, Plastikfolien und anderen landwirtschaftlichen Inputs soll die Chemieindustrie in diesem Jahr garantieren. Für die Chemieindustrie besteht eine Produktionsvorgabe von 113 Mio. t Dünger, von denen 56,4 Mio. t in der 1. Jahreshälfte 1995 bereitgestellt werden müssen. Den Chemiedünger-Fabriken wurden besondere Vergünstigungen eingeräumt und der Branche [zusätzliches?] Umlaufkapital in Höhe von 2,5 Mrd. Yuan bereitgestellt. Gleichzeitig erhielten die Eisenbahnverwaltungen die Anweisung, dem Transport von Kunstdünger Vorrang einzuräumen. (XNA, 11.3.95)

Die stärkere Unterstützung der landwirtschaftlichen Produktion erfolgt auch vor dem Hintergrund der hohen Inflation im letzten Jahr. Diese soll zu zwei Dritteln durch die hohen Preise für landwirtschaftliche Produkte verursacht worden sein. -schü-

Der Sieger, Zhang Wei (Chang Wei), hatte gegen den Beschluß der KMT für den Posten kandidiert, worauf er aus der Partei ausgeschlossen wurde. Er konnte 31.670 der 75.141 abgegebenen Stimmen auf sich vereinigen, während der von der KMT aufgestellte Kandidat, Wu Guodong (Wu Kuo-tung), 30.531 Stimmen und ein anderer Kandidat der Oppositionspartei DPP (Democratic Progressive Party), Huang Qinqun (Huang Ch'in-ch'ün), 11.957 Stimmen erhielt. Wu und seine Partei führen die Niederlage auf die niedrige Wahlbeteiligung von 39,72% zurück; nach allgemeiner Meinung liegt jedoch die Ursache eher darin, daß Wu als früherer Kreisvorsteher von Hualian in mehrere Skandale verwickelt war und 1993 als Konsequenz einer Unregelmäßigkeit bei den Wahlen zum Gesetzgebungs Yuan 1992 in seinem Kreis vom Amt des Kreisleiters zurücktreten mußte. Aus Protest gegen die Unterstützung der KMT für Wus Kandidatur zog Zhang in die Wahlen. Er ist ein General a.D. und bekleidete zuletzt das Amt eines Direktors der Veteranen-Organisation in Hualian. Wegen seiner Kandidatur wurde er nicht nur aus der Partei ausgeschlossen, sondern auch aus seinem Amt entlassen; sein Wahlsieg stützte sich jedoch hauptsächlich auf die Stimmen der Veteranen. Die Veteranen, meistens "Festländer", galten früher als Stammwähler der KMT. Nun kann sich die Partei infolge des internen Flügelkampfes zwischen der Haupt- und Nihthauptströmung nicht mehr auf ihre "Eiserne Reserve" verlassen.

Trotz der Ausschließung aus der Partei betonte General a.D. Zhang, er sei immer noch Mitglied der KMT und lehnte es auch ab, der CNP (Chinese New Party), einer Splitterpartei der KMT, beizutreten. (LHB und CP, 13.3.95) -ni-

\*(26)

#### KMT-Offenlegung des Parteivermögens

Das Vermögen der Regierungspartei KMT (Kuomintang) war und ist nicht nur den Außenstehenden, sondern auch vielen führenden Parteimitgliedern ein Rätsel. Bei der Sitzung des Ständigen Ausschusses des ZK am 1. März sagte Hao Bocun (Hau Pei-tsun), daß er als einer der vier Parteivorsitzenden über das Vermögensvolumen der Partei und über die Geschäftslage der Parteiunternehmen völlig im unklaren sei, ganz zu schweigen die allgemeinen Parteimitglieder, und forderte daher auf, das Parteivermögen transparent zu machen.

## Taiwan

\*(25)

#### Debakel der Regierungspartei bei einer Abgeordneten-Nachwahl in Hualian

Bei der Nachwahl eines Abgeordneten des Gesetzgebungs Yuan im Kreis Hualian (Hualien) in Osttaiwan am 12. März erlebte die Regierungspartei KMT (Kuomintang) eine große Niederlage.

Daraufhin legte Liu Taiying, Vorsitzender des Aufsichtsrats der Parteiunternehmen, gemäß der Anweisung des Parteivorsitzenden Li Denghui (Lee Teng-hui) am 8. März zum ersten Mal einen Bericht über das Vermögen der Partei dem Ständigen Ausschuss vor. Danach verfügt die KMT über sieben Holdinggesellschaften, die bislang in 121 Unternehmen investiert haben. Nach dem Stand vom 31. Dezember 1994 verfügen diese sieben Holdinggesellschaften insgesamt über ein Guthaben von 59,83 Mrd. NT\$ (rd. 26 NT\$ = 1 US\$). Zieht man deren Schulden von 22,06 Mrd. NT\$ ab, dann bleibt der Partei ein Nettovermögen von 37,7 Mrd. NT\$ (umgerechnet rd. 1,45 Mrd. US\$). Die Parteiunternehmen, die in den Bereichen Finanzen, Petrochemie, Gas, Bau, Technik, Kultur, Versicherung usw. tätig sind, haben 1994 Gewinne nach Steuer in Höhe von 7,93 Mrd. NT\$ erwirtschaftet. Im Finanzjahr 1995 (1. Juli 1994-30. Juni 1995) erhielt die Partei 4,15 Mrd. NT\$ von ihren Unternehmen, was 78% des Parteibudgets entspricht. (LHB und CP, 9.3.95)

Am 16. März bezifferte der Schatzmeister der KMT Lin Kaifan vor dem Ständigen Ausschuss das Gesamtvermögen der Partei auf mehr als 47,6 Mrd. NT\$ nach dem Stand vom 10. März d.J., wobei neben der mobilen Habe auch die parteieigenen Immobilien mit 1.085 Grundstücken und 625 Gebäuden eingeschlossen sind. Vor einem Jahr hatte die KMT dem Innenministerium ihr Vermögen mit einem Wertvolumen von 38,5 Mrd. NT\$ angegeben. Man ist darüber erstaunt, daß der Parteireichtum innerhalb eines Jahres um über 9 Mrd. NT\$ zugenommen hat. Nach Lin ist dies hauptsächlich auf die Gewinne der Parteiunternehmen zurückzuführen.

Die Oppositionsparteien DPP und CNP schätzen das KMT-Vermögen noch viel höher ein als das, was Liu und Lin angegeben haben, denn deren Angaben stützten sich auf den Nennwert des Vermögens. Nach Marktkurs, so hieß es, sollen allein die an der Börse zugelassenen Aktien im Besitz der Parteiunternehmen bei 90 Mrd. NT\$ liegen. Die Opposition warf der KMT vor, sich durch ihre Beziehungen mit der Regierung illegalerweise bereichert zu haben, und forderte, das Vermögen der KMT an den Staat zurückzugeben. (LHB und CP, 16.3.95; ZZ, 17.3.95)

Um die Gerüchte inner- und außerhalb der Partei über das Parteivermögen zu beseitigen, wurde am 15. März eine fünfköpfige Untersuchungsgruppe gegründet, deren Befugnisse aber noch

unklar sind. Parteivorsitzender Li Denghui betonte, daß sie nur das Vermögen der Partei prüfen, aber nicht das Management der Parteiunternehmen kontrollieren solle.

Während der Sitzung des Ständigen Komitees am 23. März fand eine Demonstration einiger hundert Parteimitglieder vor dem KMT-Gebäude statt. Sie forderten den Rücktritt von Liu Taiying. Er war vor kurzem in der Öffentlichkeit wegen mehrerer fraglicher Transaktionen des Parteivermögens kritisiert worden, darunter wegen einer Spende von 1 Mrd. NT\$ an das Unternehmen Ruentex Group für den Bau eines Krankenhauses in Sanzhi, dem Heimatort des Parteivorsitzenden Li Denghui. Man vermutete, daß es bei der Diskussion um das Parteivermögen auch um Flügelkämpfe zwischen der Hauptströmungsgruppe um Parteivorsitzenden Li und der Nicht-Hauptströmungsgruppe um Vizeparteivorsitzenden Hao ging. (FT, 16.3.95; LHB, 12., 17. und 23.3.95) -ni-

\*(27)

#### **Offizielles Bedauern des Präsidenten über die historische Tragödie vom "28. Februar" vor 48 Jahren**

Am 28. Februar d.J. wurde in der Hauptstadt Taipei ein Denkmal zur Erinnerung an die Opfer des vor 48 Jahren blutig niedergeschlagenen Volksaufstands enthüllt. Der Vorfall war, wie allgemein bekannt, durch eine Bagatelle ausgelöst worden. Am 27. Februar 1947 geriet ein Beamtenfahndungsteam des provinziellen Monopolamts für Tabak- und Alkoholwaren bei der Beschlagnahme von geschmuggelten Zigaretten auf der Straße in Taipei mit einer Straßenhändlerin in einen handgreiflichen Konflikt, der viele Schaulustige anzog. Als die Frau verletzt wurde, griff die empörte Menge die Beamten an. Auf der Flucht vor der Verfolgung zog ein Beamter seine Waffe, und ein Passant wurde erschossen. Am folgenden Tag, dem 28. Februar, kam es zu einer großen Demonstration. Als die Menge mittags das Amtsgebäude des Gouverneurs von Taiwan zu stürmen versuchte, eröffnete die Wache das Feuer, wobei wieder mehrere Menschen getötet bzw. verletzt wurden. Bald befand sich die ganze Stadt in Aufruhr. Gruppen von Randalierern griffen mit Stöcken und Schwertern Menschen an, die aus anderen chinesischen Provinzen stammten und keinen einheimischen Dialekt oder Japanisch sprachen.

Seinerzeit waren in Taiwan nur vier Bataillone mit Regierungstruppen stationiert. So konnte nicht verhindert werden, daß der Aufstand trotz Verhängung des Ausnahmezustandes schnell auf die ganze Insel übergriff. Überall wurden Polizisten die Waffen geraubt, Arsenale geplündert, Rundfunkstationen besetzt, Behörden und Wohnungen von Beamten aus dem chinesischen Festland sowie Läden von Festlandschinesen demoliert. Erst als am 8. März Verstärkungstruppen vom Festland eintrafen, gewannen die Behörden wieder die Oberhand. Am 10. März war die Ordnung in allen Städten wiederhergestellt. Bei der Niederschlagung des Aufstands und auch danach bei der Säuberungsaktion wurden viele Einheimische getötet oder verhaftet. (Ausführlich zu den Ereignissen siehe Günter Whittome, *Taiwan 1947: Der Aufstand gegen die Kuomintang*, Nr. 196 der Mitteilungen des Instituts für Asienkunde, Hamburg 1991).

Vor 1987 war das Thema "28. Februar" noch ein Tabu. Im Zuge der politischen Liberalisierung, besonders seit der Aufhebung des langwährenden Ausnahmezustands Mitte 1987, fanden jedes Jahr bei der Wiederkehr dieses empfindlichen historischen Tages offene Diskussionen und Gedenkversammlungen statt. Als Präsident Li Denghui (Lee Teng-hui) am 24. Februar 1992 an einem Gedenkkonzert teilnahm, vollzog er vor den Hinterbliebenen der Opfer des "28. Februar" eine Verbeugung. Auch der damalige Premierminister Hao Bocun (Hau Pei-tsun) bekannte sich vor dem Gesetzgebungs Yuan (Parlament) zu Fehlern seitens der Regierung, betonte aber, daß es nur seine "persönliche" Meinung sei. (C.a., März 1992, Ü 34)

An der o.g. Einweihung des Denkmals im Neuen Park nahe dem Präsidialpalast im Zentrum der Hauptstadt Taipei nahmen Präsident Li und fast alle führenden Regierungspolitiker teil. Li hielt eine Rede, in der er als Staatsoberhaupt den Fehler der Regierung bekannte und sein tiefes Gefühl des Bedauerns äußerte. Er bat die Hinterbliebenen der Opfer um Versöhnung. Dazu versprach er den Hinterbliebenen, Schmerzensgeld zu zahlen und den Tag des "28. Februar" zum offiziellen Gedenktag zu erklären. Die Hinterbliebenen verlangen aber darüber hinausgehend noch, die Politiker zu bestrafen, die damals für das Massaker verantwortlich waren. Sie bedauern auch, daß am Denkmal keine Inschrift über die historische Tragödie angebracht wurde.

In einem Report von 1992, einer Studie mehrerer Wissenschaftler im Auftrag der Regierung, sind zahlreiche damalige Regierungspolitiker einschließlich Jiang Jieshi (Chiang Kai-shek) als Regierungschef in Nanjing (Nanking) und Chen Yi als Gouverneur von Taiwan zur Mitverantwortung für die Ausbreitung der blutigen Ereignisse gezogen worden. Allerdings waren den Wissenschaftlern noch nicht alle Regierungsakten, vor allem die der Sicherheitsbehörden, zugänglich gemacht worden. Daher verlangen die Hinterbliebenen der Opfer, die vollständige historische Wahrheit zu veröffentlichen. Der Gesetzgebungsyuan hat am 23. März ein Gesetz verabschiedet, in dem das Datum des "28. Februar" zum "Gedenktag für den Frieden" erklärt wurde. Es wird auch eine "Stiftung zum Gedenken an den Vorfälle vom 28. Februar" mit Regierungsbeteiligung gegründet, die sich um "Kompensation" für die Opfer kümmern soll. Das Schmerzensgeld für jeden einzelnen Fall wird auf einen höchsten Limit von 6 Mio. NT\$ (rd. 2,31 Mio. US\$) begrenzt. (LHB, 1., 17. und 24.3.95; ZZ, 10. und 24.3.95; XXW, 5.-11.3.95) -ni-

\*(28)

#### Haushaltsentwurf der Zentralregierung für das kommende Finanzjahr

Der Exekutiv Yuan (Kabinett) hat am 10. März dem Legislativ Yuan (Parlament) den Haushaltsplan der Zentralregierung für das kommende Finanzjahr (1. Juli 1995-30. Juni 1996) vorgelegt. Er sieht ein Ausgabenvolumen von 1.141,74 Mrd. NT\$ (rd. 26 NT\$ = 1 US\$) vor, 10,9% höher als der Etat des laufenden Finanzjahres (1. Juli 1994-30. Juni 1995). Nach wie vor nimmt die Verteidigung mit 247,8 Mrd. NT\$ (+4,2%) den größten Posten ein, obwohl ihr Anteil an den Gesamtausgaben gegenüber dem Etat des laufenden Finanzjahrs von 23% auf 21,7% gesunken ist. Einschließlich der Ausgaben von 60,8 Mrd. NT\$ für den Kauf von Militärflugzeugen im Sonderhaushalt beträgt der Anteil der Verteidigung aber 24% an den Gesamtausgaben. An zweiter Stelle stehen die Ausgaben für Bildung, Wissenschaft und Kultur mit einem Anteil von 15% oder 171,3 Mrd. NT\$ (+7,6%). Mit 152,8 Mrd. NT\$, was 13,4% der Gesamtausgaben entspricht, hat der Schuldendienst einen Jahreszuwachs von 63,7%. Infolge der neu eingeführten Allgemeinen Krankenversicherung, die allein eines Kostenbetrags von 59 Mrd. NT\$ seitens der Regierung bedürfte, werden

sich die Aufwendungen der Sozialleistungen um 1,9% auf 144,1 Mrd. NT\$ erhöhen und nehmen damit einen Anteil von 12,6% an den Gesamtausgaben ein. Hingegen sollen die Ausgaben für die wirtschaftliche Entwicklung um 0,1% auf 139,8 Mrd. NT\$ fallen und weisen damit einen Anteil von 12,2% an den Gesamtausgaben aus, wobei allerdings die Ausgaben von 58,6 Mrd. NT\$ in Sonderhaushalten für große Bauprojekte im Verkehr nicht eingeschlossen sind.

Von den Gesamteinnahmen entfallen 65,6% oder 748,47 Mrd. NT\$ (+4,6%) auf Steuern und Gewinne aus öffentlichem Tabak- und Alkoholmonopol. Weitere 134,1 Mrd. NT\$ kommen aus Gewinnen und Privatisierung anderer staatlicher Unternehmen. Zur Deckung eines Haushaltsdefizits von 281,9 Mrd. NT\$ (86,8 Mrd. NT\$ weniger als im laufenden Finanzjahr) soll die Regierung neben dem Zurückgreifen auf Haushaltsüberschüsse der vergangenen Finanzjahre weiter Schuldverschreibungen in Höhe von 124,5 Mrd. NT\$ ausgeben. Nach Berechnung des Amtes für Budget und Statistik werden die ausstehenden Schulden der Regierung in den kommenden fünf Jahren von über 1,3 auf über 2,3 Billionen NT\$ steigen. (LHB, 10. und 11.3.95; ZZ, 17.3.95; CP, 11.3.95; NfA, 21.3.95) -ni-

---

## Hongkong und Macau

---

\*(29)

#### Sieg der prodemokratischen Kräfte bei den neuen Kommunalwahlen auf Stadtebene in Hongkong

Am 5. März fanden in Hongkong Kommunalwahlen statt. Es handelte sich dabei um die neue Zusammensetzung von zwei Parlamentsorganen auf Stadtebene, nämlich das Urban Council für die Insel Hongkong und die Halbinsel Kowloon und das Regional Council für die New Territories. 561.943 der 2,17 Mio. registrierten Wahlberechtigten gingen zur Urne. Die Wahlbeteiligung betrug über 25,8%, höher als bei den gleichen Wahlen vor vier Jahren mit 23,1%. Insgesamt wurden 59 Sitze direkt gewählt, davon entfielen 23 auf die Democratic Party (DP), jeweils acht auf die Democratic Alliance for the Betterment of Hong Kong (DAB) und die Association for Democracy and People's Livelihood (ADPL), drei auf die Liberal Democratic Federation (LDF),

einer auf die Liberal Party (LP) und 16 auf parteilose Kandidaten. (XNA, LHB und ZYRB, 7.3.95)

Die DP und die ADPL gehören zu den politischen Kräften, die sich für die Einführung einer Demokratie westlicher Prägung in Hongkong einsetzen und dem kommunistischen Regime in Beijing, das die britische Kolonie 1997 zurücknehmen wird, kritisch gegenüberstehen. Hingegen sind die DAB und die LDF nach Beijing ausgerichtet. Die LP, die in erster Linie die Großunternehmen vertritt, liegt politisch zwischen den prowestlichen und den beijingfreundlichen Kräften.

Einschließlich der indirekt gewählten Mitglieder haben nun die prodemokratischen Kräfte im Urban Council 19 (13 die DP und 6 die ADPL) und die beijingfreundlichen 9 der insgesamt 41 Sitze. Von den 36 Sitzen im Regional Council entfallen 15 auf die prodemokratischen Parteien (12 auf die DP und 3 auf die ADPL) und 5 auf die beijingfreundlichen. Allerdings können diese mit der Unterstützung der meisten Parteiunabhängigen (12 im Urban Council und 15 im Regional Council) sowie des einen von der LP im Urban Council rechnen. Daher bilden die prodemokratischen Kräfte trotz ihres Sieges bei den direkten Wahlen in beiden Häusern wahrscheinlich keine Mehrheit. (SCMP, 7.3.95)

Politisch haben das Urban und das Regional Council keine große Bedeutung. Sie sind hauptsächlich zuständig für Kultur, Sport, Gesundheit, Sanität, Straßenhändler usw. Aber alle Parteien sahen in den Kommunalwahlen ein Stimmungsbarmeter für die im kommenden September anstehende Wahl zum höchsten parlamentarischen Organ des Territoriums, dem Legislative Council. Deshalb waren die Wahlkämpfe lebhaft. Besonders heftig war das Duell zwischen Szeto Wah (63) und Frau Elsie Tu (81) im Wahlbezirk Kwun Tong North, das als "Kampf des Jahrhunderts" bezeichnet wurde. Szeto Wah, einer der Parteigründer der DP, gilt als Dorn im Auge von Beijing. Frau Elsie Tu, eine frühere Missionarin aus England und langjährige Abgeordnete von großer Popularität unter der Bevölkerung, steht auf der Seite von Beijing. Sie unterlag überraschend ihrem Gegner mit einem Abstand von 2.397 Stimmen.

Obwohl Beijing wegen des Streits mit Chris Patten, dem Gouverneur der britischen Kolonie, zu dessen Wahlreform